

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Kaczmarek, Dr. Ernst Dieter Rossmann,
Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12384 –**

**Die Herausforderungen der Bildungsrepublik mit den Erkenntnissen aus dem
Nationalen Bildungsbericht angehen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Ekin Deligöz, Krista Sager,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11074 –**

**Konsequenzen aus dem nationalen Bildungsbericht ziehen –
Bildungsblockaden aufbrechen und mehr Teilhabe ermöglichen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Nationale Bildungsbericht 2012 zeigt, wie auch die drei bereits vorgelegten Berichte zuvor, dass Deutschland trotz einiger Erfolge noch große Herausforderungen im Bildungswesen zu bewältigen hat und dass ungeachtet aller in Einzelbereichen spürbaren Erfolge die Herausforderungen im Bildungswesen unverändert hoch sind. Zentraler Befund ist, dass nach wie vor der soziale Hintergrund zu einem großen Teil den Bildungserfolg bestimmt. Deutschland weist laut Bildungsberichten und Studien nach wie vor mit die höchste soziale Kopplung aller Industrienationen auf. In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Herkunft ab. Mit rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen ist ein anhaltend hoher Anteil akut von Bildungsarmut bedroht. Überdurchschnittlich oft sind weiterhin Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien von dieser Bildungsungerechtigkeit betroffen. Angesichts großer Defizite an gleichen Bildungschancen sowie an ausreichenden Bildungsgrundlagen und -erfolgen ist festzustellen, dass Deutschland dem Anspruch einer „Bildungsrepublik“ nicht gerecht wird.

Zu Buchstabe b

Eine ungerechte Bildungspolitik und ein unzureichendes Bildungssystem spalten die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in Gewinner und Verlierer,

Arme und Reiche. Diesen tiefen Spalt machen die empirischen Befunde des Berichtes „Bildung in Deutschland 2012“ erneut sichtbar. Auf der einen Seite steht eine deutlich ansteigende Zahl junger Menschen, die höhere Schul- und Hochschulabschlüsse erlangen, auf der anderen Seite ist die Zahl der Bildungsverlierer kaum rückläufig. Nach wie vor hängt der Bildungserfolg in keinem anderen Land der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) so sehr vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Bildungsblockaden müssen aufgebrochen werden, um jeder und jedem den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Das Bildungssystem ist unterfinanziert und strukturell blockiert, wobei von den sozioökonomischen Folgen dieser Blockade alle staatlichen Ebenen betroffen sind.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine neue gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung wahrzunehmen, mehr Raum und Zeit für kulturelle Bildung zu schaffen, die Bildungsforschung weiter zu stärken sowie gemeinsam mit den Ländern den Nationalen Bildungsbericht weiterzuentwickeln.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/12384 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Entwurf für eine Verfassungsänderung zur umfassenden Aufhebung des Kooperationsverbotes zu erarbeiten, der Unterfinanzierung des Bildungswesens entgegenzuwirken, die Chancengleichheit im Bildungswesen zu verbessern sowie die Wirkung des Nationalen Bildungsberichts zu erhöhen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11074 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/12384 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11074 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2013

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichterstatter

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Oliver Kaczmarek, Patrick Meinhardt, Dr. Rosemarie Hein und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12384** in seiner 223. Sitzung am 22. Februar 2013 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, Haushaltsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11074** in seiner 201. Sitzung am 25. Oktober 2012 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Tourismus sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD stellt fest, dass die Herausforderungen im Bildungsbereich ungeachtet der in Einzelbereichen erreichten Verbesserungen unverändert hoch seien. Positiv sei zu vermerken, dass es seit der PISA-Studie 2001 spürbare Verbesserungen bei den Schülerleistungen gegeben habe. Die Teilnahme an der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige sei angestiegen und betrage nun bundesweit 25 Prozent. Die Zahl der Jugendlichen, die jährlich die Schule verlassen, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss zu erreichen, sei gesunken, wenn auch nur von 8 auf 6,5 Prozent. Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland gelte weltweit als vorbildlich. In den Jahren 2011/2012 hätten so viele junge Menschen wie nie zuvor ein Hochschulstudium an deutschen Hochschulen aufgenommen. Insbesondere Frauen erreichten zunehmend höhere Bildungsabschlüsse. Schließlich könne seit 2002 ein Anstieg der Bildungsausgaben in Deutschland verzeichnet werden.

Die Herausforderungen, denen sich die Bildungspolitik stellen müsse, seien jedoch unverändert hoch. So sei es zentraler Befund des Bildungsberichtes, dass der soziale Hintergrund weiterhin zu einem großen Teil den Bildungserfolg in der Bundesrepublik Deutschland bestimme. Deutschland weise nach wie vor die höchste soziale Kopplung aller Industrienationen auf. Mit rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen sei ein anhaltend hoher Anteil akut von Bildungsarmut bedroht. Insbesondere seien Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien überdurchschnittlich oft von Bildungsungerechtigkeit betroffen. Anhand weiterer Alarmzeichen wie einem mit 14,5 Prozent hohen Anteil funktionaler Analphabeten an der Bevölkerung und dem ausbleibenden Erfolg des Anerkennungsgesetzes für ausländische Berufsqualifikationen wird von der Fraktion der SPD

festgehalten, dass Deutschland dem Anspruch einer „Bildungsrepublik“ nicht gerecht werde.

Die Fraktion der SPD fordere daher die Bundesregierung dazu auf, eine neue gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung wahrzunehmen. Hierzu solle insbesondere darauf hingewirkt werden, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungszusammenarbeit auf Grundlage eines neuen Artikels 104 des Grundgesetzes, mit dessen Hilfe eine gemeinsame Finanzierung von Bildungsaufgaben realisiert werden könnte, abzuschaffen. Weiterhin werde gefordert, unter anderem durch eine neue Ganztagschuloffensive mehr Raum und Zeit für kulturelle Bildung zu schaffen. So solle es möglich werden, in den Ländern bis 2020 ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Ganztagschulangebot von der Grundschule bis zum Abitur aufzubauen. Zur Stärkung der Bildungsforschung verweise die Fraktion der SPD unter anderem darauf, die Bemühungen zur Nachwuchsförderung zu verstärken. Schließlich solle gemeinsam mit den Ländern der Nationale Bildungsbericht weiterentwickelt werden, wobei ihm insbesondere in der politischen Debatte ein hoher Stellenwert eingeräumt werden solle.

Zu Buchstabe b

Die empirischen Befunde des Berichtes „Bildung in Deutschland 2012“ machten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge deutlich, dass infolge einer ungerechten und zu wenig leistungsfähigen Bildungspolitik und eines unzureichenden Bildungssystems ein tiefer Spalt durch die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gehe. In keinem anderen Mitgliedsland der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hänge der Bildungserfolg so sehr vom Elternhaus und der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Zentrale Herausforderung für Bildungseinrichtungen und Bildungspolitik sei es, jedem und jeder mehr gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass das Bildungssystem unterfinanziert und strukturell blockiert sei, weshalb es geboten sei, das Grundgesetz im Sinne eines modernen kooperativen Bildungsföderalismus so zu ändern, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Bund und Ländern ermöglicht werde. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erfordere eine deutliche Prioritätensetzung für ein leistungsstärkeres und gerechteres Bildungssystem. Um dieses Ziel zu erreichen wird unter anderem darauf verwiesen, die frühkindliche Bildung durch ein flächendeckendes Angebot an gebundenen Ganztagschulen zu fördern, wovon insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern profitierten. Wie der Bildungsbericht konstatiere, werde mit Einführung des Betreuungsgeldes genau diesen Kindern eine frühkindliche Bildung vorenthalten. Ebenfalls stellt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, dass sich Förderschulen immer noch vielfach als bildungspolitische Sackgasse erwiesen. So stagniere an den Förderschulen die Anzahl derjenigen, die wenigstens einen Hauptschulabschluss ablegten, bei 22 Prozent im Jahr 2010. Ungeachtet des Rückgangs der Nachfrage nach Aus-

bildungsplätzen hätten sich im Jahr 2011 noch fast 300 000 Jugendliche im „Übergangssystem“ und somit nicht in Ausbildung befunden. Die Fraktion stellt weiterhin fest, dass der Hochschulpakt angesichts der stark gestiegenen Anzahl von Studienberechtigten nicht ausreiche. Schließlich stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, dass auch der vierte nationale Bildungsbericht eine wichtige bildungspolitische Entscheidungsbasis darstelle. Jedoch fehlten bislang Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die jedoch, wie das Beispiel der PISA-Vergleichsstudie zeigte, zu positiven Veränderungen führen könnten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Entwurf für eine Verfassungsänderung zur umfassenden Aufhebung des Kooperationsverbotes zu erarbeiten, um Bund und Ländern eine Kooperation in allen Bildungsbereichen zu ermöglichen. Gefordert wird weiterhin, der Unterfinanzierung des Bildungswesens entgegenzuwirken, um schnellstmöglich das Ziel zu erreichen, demzufolge mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung (7 Prozent) und Forschung (3 Prozent) investiert werden sollten. Darüberhinaus sollen die Chancengleichheit im Bildungssystem, beispielsweise durch die Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz ab dem vollenden ersten Lebensjahr, sowie die Ausbildung von Fachkräften im Bildungssystem qualitativ und quantitativ verbessert werden. Schließlich fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, die Wirkung des nationalen Bildungsberichts zu erhöhen, indem aus ihm zeitnah Konsequenzen gezogen und in zukünftig einer Kooperation zwischen den unterschiedlichen Bildungsträgern und Einrichtungen bei der Erstellung stärker in den Blick genommen werden solle.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der mitberatende **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils in ihren Sitzungen am 27. Februar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12384 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Tourismus** sowie der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils in ihren Sitzungen am 27. Februar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11074 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 96. Sitzung

am 27. Februar 2013 unter Einbezug der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Nationaler Bildungsbericht 2012 – Bildung in Deutschland und Stellungnahme der Bundesregierung“ auf Drucksache 17/11465 beraten und empfiehlt

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/12384 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ablehnung des Entschließungsantrags der SPD auf Ausschussdrucksache 17(18)370 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11074 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

Die **Bundesregierung** stellt den Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ vor, der zum vierten Mal vorgelegt werde und welcher seit der ersten Vorlage, die auf die Daten aus dem Jahr 2005 bezogen, deutliche Ergebnisse zeige und welcher die Aufgaben für die nächsten Jahre definiere. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland sei gestiegen, woran Teilzeitbeschäftigungen, Befristung und geringfügige Beschäftigung bei den Arbeitnehmern wesentlich beigetragen hätten. Gleichzeitig sei der Prozentsatz der Kinder die von den Risikolagen Bildungsferne, aus finanziellen Gründen oder aufgrund eines sozialen Risikos betroffen seien, seit 2005 um 4 Prozent zurückgegangen und liege jetzt bei 29 Prozent. Der Anteil der Bildungsausgaben, von denen circa vier Fünftel von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht würden und ein Fünftel aus privater Hand, am Bruttoinlandsprodukt liege jetzt bei 6,9 Prozent, wobei sieben Prozent angestrebt würden. Der Bund finanziere 12 Prozent der Bildungsausgaben, die Ländern 52 Prozent und die Gemeinden 14 Prozent. 2010 existierten, bedingt durch den demographischen Wandel rund 4 000 Bildungseinrichtungen weniger als 1998. Schulschließungen habe es insbesondere in Ostdeutschland gegeben, im Elementarbereich allerdings sei die Zahl der Einrichtungen gestiegen. Mit dem Bildungsgrad der Eltern erhöhe sich die Bildungsorientierung in der Familie. Eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile wirke sich nicht negativ auf das Ausmaß förderlicher Aktivitäten aus. Eher bildungsorientierte Familien nehmen Betreuungsangebote für unter dreijährige eher in Anspruch. Zwischen 2006 und 2001 seien für diese bundesweit 230 000 Plätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege neu geschaffen worden. Insgesamt nutzten im März 2011 unter dreijährige 517 000 Plätze. Mit Blick auf die Schule führt die Bundesregierung aus, dass sich die Tendenz zur weiteren Reduktion schulischer Mehrgliedrigkeit fortsetze. In der Mehrzahl der Länder nehme der Trend zu einem Zweisäulenmodell zu, welches neben dem Gymnasium nur noch eine Schulart mit mehreren oder integrierten Bildungsgängen vorsehe. Weitere Aussagen zu den Auswirkungen dieser Strukturreform seien bislang nicht möglich, aber vor allem Gymnasien zeigten kontinuierliche Zuwächse bei der Nachfrage. Bei der beruflichen Bildung verweist die Bundesregierung mit Blick auf den Ausbil-

dungsstellenmarkt für benachteiligte Gruppen darauf, dass der Anteil derer, die im Rahmen des Übergangssystems Bildungsangebote annehmen, seit 2006 um 5 bis 6 Prozentpunkte gesunken sei, insgesamt aber bei 30 Prozent aller Berufsanfänger liege. Das Durchschnittsalter beim Eintritt in die berufliche Bildung betrage 19,5 Jahre. Der unmittelbare Übergang zur Ausbildung müsse demzufolge effizienter gestaltet werden. Der Anstieg der Studienanfängerquote auf 55 Prozent im Jahr 2011 begründe sich auf Sonderfaktoren wie die Abschaffung der Wehrpflicht und die Verkürzung der Schulzeit. Es werde aber davon ausgegangen, dass die Zahl der Studienanfänger bis zum Jahr 2025 nicht wieder das Niveau der doppelten Abiturjahrgänge erreiche. Als Herausforderung bleiben Fragen der Weiterbildung und lebenslanges Lernen weiterhin bestehen. Die Weiterbildungsbeteiligung stagniere auf hohem Niveau, nicht zuletzt der demographischen Wandel impliziere hier eine Veränderung. Der Sonderbericht dieses Jahres, so stellt die Bundesregierung fest, widme sich der kulturellen Bildung im Lebensverlauf. Eine hohe musisch-ästhetische Aktivität gebe es im Kindesalter bis zum 13. Lebensjahr, die sich aber mit fortschreitendem Erwachsenenalter verringere. Die Partizipation an solchen Bildungsangeboten unterscheide sich bei den verschiedenen Gruppen sozialer Zugehörigkeit in einem höheren Maße als im Hinblick auf die Ausbildung kreativ-gestalterischer Aktivitäten. Festgestellt wird, dass die Betätigung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund teilweise sogar über das Aktivitätsniveau vergleichbarer sozialer Gruppen bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hinausgehe. Die Bundesregierung geht davon aus, dass in den letzten Jahren Verbesserungen in den Schulabschlüssen ausländischer Jugendlicher erreicht worden seien. Intergenerationelle Mobilitätsbarrieren beständen nach wie vor für Kinder jener Eltern, die über keinen oder höchstens einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss verfügten. Auch beständen nach wie vor beträchtliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen mit identischem Abschlussniveau. Personen ohne beruflichen Abschluss seien im Vergleich zu Personen mit einem solchen mehr als doppelt so häufig erwerbslos. Der Bildungsbericht zeige also, so das Fazit der Bundesregierung, die hervorragenden Fortschritte, aber auch die Herausforderungen, vor denen man in den kommenden Jahren stehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass es positive Entwicklungen und Trends gebe, die durchaus als Ergebnis politischer Anstrengungen der Jahre seit dem PISA-Schock gewertet werden können, jedoch belegten die Befunde des Berichtes, welche Konsequenzen aus einer ungerechten Bildungspolitik und einem unzureichenden und nicht leistungsgerechten Bildungssystem resultierten. Zentrales Defizit sei dem Bildungsbericht nach, dass es an Bildungsgerechtigkeit fehle und dass die Anzahl der zu den Risikogruppen insgesamt Zählenden nach wie vor hoch ist. Auch dieser Bildungsbericht zeige, dass der Bildungserfolg in keinem anderen OECD-Land so sehr vom Elternhaus abhängt wie in Deutschland. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass alles daran gesetzt werden müsse, Bildungsblockaden zu überwinden. Vermieden werden müsse unbedingt die Einführung neuer Bildungsblockaden, wie es mit der Einführung des Betreuungsgeldes als „Bildungsfernhalteprämie“ für die Kleinsten gerade geschehe. Im Sinne klarer Prioritäten für gute Bildung für alle von Anfang an bestehe die Notwendigkeit der flächendeckenden Einführung guter Kindertagesstätten und Ganztagschulen.

Zum besseren und gemeinschaftlichen Ausbau dieser Bildungseinrichtungen müsse das Kooperationsverbot im Grundgesetz fallen.

Auch wenn es richtig sei, dass immer mehr junge Menschen höhere Schul- und auch Hochschulabschlüsse erwerben, so sei doch die Zahl der Bildungsverlierer kaum rückläufig, wie der Umstand zeige, dass über zwei Millionen von den bis 34-Jährigen nach wie vor keinen Berufsabschluss haben. Zwar sei die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher gesunken, mit über 6 Prozent aber weiterhin sehr hoch. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt der Bundesregierung die Frage, ob eine Fortsetzung der Schulsozialarbeit und der bundesseitigen Förderung komme. Um eine weitere Risikogruppe handle es sich bei den knapp 300 000 Jugendlichen, die nach der Schulzeit anstelle des Beginns einer beruflichen Ausbildung in „Warteschleifen“ verharrten. Nicht einmal die Hälfte der Hauptschulabsolventen erhalte einen Ausbildungsplatz. Um der hohen Zahl von Jugendlichen, die einen besonderen und individuellen Ausbildungs- und Förderungsbedarf haben, gerecht zu werden, bedürfe es grundlegender Strukturveränderungen. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fragt daher die Bundesregierung, ob sie eine Initiative für diese Gruppe ohne Berufsabschluss ergreife.

Der Bildungsbericht konstatiere ferner, dass das Instrument des Hochschulpaktes mit Blick auf die Zahl der Studienanfängerplätze nicht greife. Die Bundesseitige Deckelung beim Hochschulakt müsse daher entfallen, um auf den Bedarf der Studienanfängerinnen und -anfänger nach Plätzen, guten Studien- und Lehrbedingungen sowie Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs reagieren zu können. Hier erbittet die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** die Auskunft durch die Bundesregierung.

Was den Fachkräftemangel anbelange, so hält die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fest, drohe es einen solchen in den Bildungseinrichtungen selbst zu geben, wo in den nächsten zehn Jahren ein Drittel aller Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand gehen werde. Ebenfalls fehlten Erzieherinnen und Erzieher in großem Umfang in den Kindertagesstätten. Gegenstand für den Ausschuss müsse hier sein, für diese Berufsfelder eine bessere Vergütung neben einer höheren Wertschätzung durchzusetzen. Mit Blick auf das im Bildungsbericht angesprochene Thema „Schnittstellen schulischer, beruflicher und hochschulischer Bildung“ und deren dort angesprochene Anforderung einer besseren Gestaltung stellt die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fest, dass ein Mentalitätswandel an den Hochschulen stattfinden müsse, damit diese sich für beruflich Ausgebildete öffneten und auch genügend Angebote für diesen Kreis zur Verfügung ständen. Auch müssten die Bemühungen um eine bessere Akzeptanz und Realisierungsmöglichkeiten lebenslangen Lernens gesteigert werden. Mit Blick auf den Schwerpunkt „kultureller Bildung“ des Bildungsberichtes wertet die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** den Befund, 90 Prozent der Kinder seien im jungen Schulalter musisch-ästhetisch aktiv, positiv. Da festgestellt wurde, integratives Potential für kulturelle Bildung gebe es gerade in gebundenen Ganztagschulen, lege man Wert darauf, dass Ganztagschulen auch weiterhin flächendeckend aufgebaut werden, so dass sich Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Musikschulen, Theatergruppen etc. auch realisieren ließen.

Wert legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf, dass Nationale Bildungsberichte zukünftig politische Handlungsempfehlungen respektive optionale Wege enthalten, die als Grundlage politischer Entscheidung dienen könnten. Zudem sollte dem Nationalen Bildungsbericht als zentrales Dokument der Bildungsforschung in Deutschland in den parlamentarischen Debatten ein höherer Stellenwert zukommen.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, dass aus ihrer Sicht besonders deutlich die im Nationalen Bildungsbericht erwähnte Steigerung der Hochschulanfängerzahlen positiv auffalle. Signifikante Verbesserungen gebe es auch bei Leistungsvergleichen, PISA etc. Zwar seien die Bildungsausgaben erhöht worden, man gebe allerdings zu bedenken, dass etliche der Ziele, die der Dresdner Bildungsgipfel von 2008 formuliert habe, nicht erreicht worden seien. Zentrale Herausforderung sei aus Sicht der Fraktion der SPD die „soziale Kopplung“, nach der die Herkunft immer noch für den Bildungserfolg entscheidend sei. Es sei eine Feststellung, dass 20 Prozent der jungen Generation von Bildungsarmut betroffen sei, wobei die Risikogruppe unverändert groß sei. Der Abstand zwischen den Schwächsten und den Besten sei in Deutschland so groß wie in kaum einem anderen Land. In Anbetracht der demographischen Entwicklung in Deutschland werde aber jeder gebraucht. Es sei daher leistungsfeindlich, diesen Tatbestand nicht zum Gegenstand bildungspolitischer Anstrengungen zu machen oder in Begabte und Benachteiligte zu unterscheiden, als gäbe es unter Benachteiligten keine Begabten. Leistungsfördern wäre nach Meinung der Fraktion der SPD eine flächendeckend gut ausgestattete Bildungsinfrastruktur, zu der nach den Regeln der Gleichbehandlung und Chancengleichheit Zugang gewährt werde. Hier beständen Herausforderungen im Ausbau frühkindlicher Bildung, der Ganztagsbetreuung und der Ganztagschulen. Auch bei der Frage, wie der Übergang von der Schule in den Beruf sich gestalten solle, handele es sich um eine Hürde, an der junge Menschen scheiterten. Auch müsse dem Problem, dass 7,5 Millionen Menschen in Deutschland nicht richtig lesen und schreiben könnten, begegnet werden.

Der Fraktion der SPD zufolge erwachsen aus dem Nationalen Bildungsbericht drei Schlussfolgerungen. Zum ersten sei man der Auffassung, die Herausforderungen nur durch die Übernahme gesamtstaatlicher Verantwortung für Bildung meistern zu können, indem man den Weg einer Verantwortungsgemeinschaft von Bund und Ländern sowie der Kommunen gehe. Die zweite Schlussfolgerung ergebe sich aus Schwerpunkt kultureller Bildung des Berichtes. Den Kommunen sollte insbesondere Raum gegeben werden, auf diesem Sektor freiwillige Angebote an Kinder tätigen zu können. Drittens schließlich solle die Wirksamkeit des Bildungsberichtes an sich erhöht werden, z. B. indem er als Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stärker zur Kenntnis genommen wird.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt zweierlei fest. Zum einen glaube man, herrsche Einvernehmen darüber, dass der Nationale Bildungsbericht ein geeignetes Instrumentarium sei, die Entwicklung der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland analysieren zu können. Zum anderen zeige sich, dass sich die unternommen Anstrengungen in den einzelnen Bereichen auszahlen, wofür die Zunahme von Mitteln als auch Maßnahmen verantwortlich gewesen seien. Wichtig sei darüberhinaus, dass der Anteil der Schulabgän-

gerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss erneut gesunken sei, seit dem Jahr 2006 mit seinerzeit 8 Prozent auf 6,5 Prozent im Jahr 2010. Zugleich erwerben immer mehr Jugendliche nachträglich höhere Bildungsabschlüsse. Auch ein Erfolg sei, wenn auch noch nicht ausreichend, dass sich der Anteil der Studierenden aus nichtakademischen Elternhäusern zwischen 1980 und 2010 mehr als verdreifacht habe. Im Bereich der frühkindlichen Bildung investiere der Bund, z. B. indem in sozialen Brennpunkten in 4 000 Kindertagesstätten zusätzliche frühkindliche Sprachförderung anbiete, wofür 400 Mio. Euro für qualifiziertes Personal etc. bereit ständen. Hier gebe es viele kleine Mosaiksteine. Die Diskussion um das Betreuungsgeld schließe sich hier immer an, aber kein einziger Kitaplatz werde nicht gebaut, sondern der Bund halte sich an Vereinbarung der Großen Koalition zum Kitausbau. Auch habe der Bund sofort reagiert, als die Bedarfsprognose von 35 Prozent auf 39 erhöht wurde und erklärt habe, 580 Mio. Euro zum Kitausbau und jährlich 75 Mio. Euro für die Betriebskosten bereitzustellen. Die Fraktion der CDU/CSU betont, dass seit 2005 der Etat im Bereich Bildung und Forschung um 50 Prozent erhöht worden sei, das heißt von seinerzeit 6 Mrd. Euro auf nunmehr 13,6 Mrd. Euro. Hierbei seien nicht zuletzt die Bafög-Sätze und das Bafög-Förderungshöchstalter nach oben korrigiert worden. Was das Kooperationsverbot anbelange, so müsse der Bund einerseits über die Möglichkeit einer Prüfung der Verwendung der Finanzmittel verfügen. Andererseits werde er eine flächendeckende Förderung nicht mittragen. Schließlich bekräftige man noch einmal, welche hohe Bedeutung schulische und außerschulische kulturelle Bildung habe. Hierzu habe man im Plenum den Antrag „Stärken von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Bildung sichtbar machen“ am 14. Februar 2013 debattiert.

Die **Fraktion der FDP** merkt an, dass der Nationale Bildungsbericht ein Instrumentarium sei, welches Entwicklungstendenzen und Entwicklungsperspektiven aufzeige, insbesondere auch Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Ländern und Regionen eröffne. Deutlich werde, welche erheblichen positiven Veränderungen es zwischen 2006 und 2012 gegeben habe. Gleichzeitig werde es möglich, aus dem Vorgelegten Konsequenzen für die weitere Bildungs- und Forschungspolitik zu ziehen. So seien die Bereiche „Lebenslanges Lernen“ und „Weiterbildung“ von entscheidender Bedeutung. Besonders das Instrumentarium der „Weiterbildungsprämien“ habe sich bei inzwischen fast 200 000 erteilten als eine gute Möglichkeit der Impulssetzung erwiesen, die auch weiterhin benötigt werde. Auch habe man mit Freude festgestellt, dass die Zugangsquoten im Bereich der Hochschulbildung angewachsen sind. Aus dem Umstand, dass die Arbeitslosenrate bei Personen mit Universitätsabschluss bei 2,2 Prozent und bei denen mit Fachhochschulabschluss bei 2,5 Prozent liege, erwachse jedoch die Notwendigkeit von Förderung, um auch diesen Personenkreis auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Der thematische Schwerpunkt der kulturellen und musisch-ästhetischen Bildung sei für die Fraktion der FDP von besonderer Bedeutung. Man ziehe die Schlussfolgerung, dass kulturelle Bildung im Bereich der Kulturförderung nicht vernachlässigt werden dürfe, weshalb man auf Initiativen wie „Kultur macht stark“, die vor Ort agiere und die durch 30 Mio. Euro in der Erst- und 50 Mio. Euro in den Folgeinvestitionen gefördert werde, mit Nachdruck verweise. Als ausgesprochen positive Veränderung sei die Reduzierung der Schulab-

brecherzahlen hervorzuheben, wobei ungeachtet des Gesamtprozentsatzes von 6,2 die Angaben je nach Bundesland variierten. Als Herausforderung aus dem Nationalen Bildungsbericht ergebe sich insbesondere diejenige, die Zahl der 7,5 Millionen Analphabeten zu verringern, wofür diverse Einzelmaßnahmen dienen sollen. Diesem Thema sollte in zukünftigen Nationalen Bildungsberichten entsprechend breiter Raum einschließlich einer länderspezifischen Aufschlüsselung eingeräumt werden.

Der **Fraktion DIE LINKE**. zufolge sei es unstrittig, dass der Nationale Bildungsbericht auch Fortschritte aufweise. Bemerkenswert sei jedoch die Feststellung des Berichtes, man hätte bei den Bildungsausgaben das Ziel aus dem Jahre 2008 vermutlich erreicht. Eines der grundlegenden Probleme der Bildungsausgaben sei jedoch, dass man diese durch Sonderprogramme finanziere, womit man die Fehlstellen des Bildungssystems versuche zu beheben, nicht jedoch die grundlegenden Probleme. Der Fehlbedarf im Bildungssystem betrage 40 Mrd. Euro jährlich. Mit Blick auf die im Bericht ausgeführte kulturästhetische Bildung bedeute dies, dass Teilhabe an kultureller Bildung vor Ort nur möglich ist, wenn entsprechende Einrichtungen existierten. Zunehmend aber würden solche Einrichtungen geschlossen. Daher könnten viele Kinder, für welche die Bundesregierung das Bildungs- und Teilhabepaket aufgelegt habe, dieses Angebot nicht annehmen, da entsprechende Einrichtungen nicht mehr in ihrem Umfeld vorhanden seien. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn zur Zeit lediglich 23 Prozent der Antragstellberechtigten dieses Angebot wahrnahmen. Ein weiteres Problem resultiere aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, mit welchem sogenannte Lernförderung finanziert werde, jedoch sei nicht definiert, ob diese das Anstreben höherer Bildungsabschlüsse einschließe. Das Bildungs- und Teilhabepaket zielen aber auf das Existenzminimum, das heißt auf den Hauptschulabschluss. Mit einem solche könne man allerdings nicht mehr in jedem Falle eine Berufsbiographie annehmbar gestalten. Somit setze diese Lernförderung als Bestandteil des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung an der falschen Stelle an. Für eine dauerhafte Finanzierung von Bildung werde eine andere Finanzierungsgrundlage benötigt, welche ohne eine dauerhafte Beteiligung des Bundes, sei es über Pauschalfinanzierungen, Projekt- oder Gegenstandsbezogene, nicht realisierbar sei. Im Grundgesetz sollte die gemeinschaftliche Finanzierung der Bildung durch Bund und Ländern verankert werden.

Die Bundesregierung weist in Reaktion auf verschiedene Projekte der Bildungspolitik hin, darunter das im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) angesiedelte Programm „Perspektive Berufsabschluss“, welches sich speziell an jene zwischen 25- bis 35-Jährigen ohne Ausbildung richte. Zentrales Element zur Reduzierung der Zugänge zum Übergangssystem seien Bildungsketten, mit deren Etablierung im Jahr 2010 begonnen worden sei und bei deren Teilaspekten es sich bislang um Potenzialanalyse, Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung handelte. Mit Ergebnissen dieses Programms rechne man in diesem und im nächsten Jahr. Sogenannte Sonderprogramme leiteten sich aus dem Verständnis ab, nicht davon ausgehen zu können, die „Schule“ sei für die Lösung aller Probleme der Bildungsgesellschaft allein verantwortlich. Benötigt werde statt dessen ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz. Wie sich dieses realisieren lasse, dafür biete „Lernen vor Ort“ ein sehr

gutes Beispiel. Was den Schwerpunkt „Kulturelle Bildung“ anbelange, so verweise man darauf, dass es sich hierbei um ein mit 30 Mio. Euro jährlich startendes Programm handele, hingegen habe zu Zeiten der Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn für den Haushaltsposten „kulturelle Bildung“ ein Budget von unter 2 Mio. Euro jährlich zur Verfügung gestanden. Beim Thema Analphabetismus beabsichtige man, die „leo. – Level one“-Studie zu wiederholen, wobei beabsichtigt sei, länderspezifisch vorzugehen, um auf die einzelnen Bundesländer ergebnisbezogene Aussagen treffen zu können. Mit Blick auf die Perspektiven wissenschaftlichen Nachwuchses verweise man darauf, dass Personalangelegenheiten an Hochschulen in die 100-prozentige Verantwortung der Länder falle. Die Möglichkeiten des Bundes seien hier beschränkt.

Die Fraktion der CDU/CSU macht deutlich, dass beabsichtigt sei, die Bildungsketten Übergang–Schule–Beruf umfassender zu setzen und neben dem Bund auch die Länder sowie weitere Träger in das Projekt mit einzubeziehen. Im Rahmen der Bildungskoooperation sei es mit Blick auf die Lehrerausbildung notwendig, gemeinsame Standards zu entwickeln und sich auf gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse zu verständigen. Zudem müsse dem dualen Berufsausbildungssystem wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie dies in anderen Volkswirtschaften auch der Fall sei. Weitere Fragen an die Bundesregierung zielten darauf, ob dieses es für ausgeschlossen halte, den Schwerpunkt kultureller Bildung auch an anderen Schulformen als der Ganztagschule zum Einsatz zu bringen und ob kulturelle Bildung ein Instrumentarium zum Einsatz zu bringen, um bestimmte Stärken und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen nachzuweisen.

Die Fraktion der SPD verweist auch in diesem Zusammenhang auf ihr Unverständnis über die Inkaufnahme der bildungspolitischen Auswirkungen des Betreuungsgeldes, denn schließlich verweise der Nationale Bildungsbericht auf die Bedeutung frühkindlicher Bildung. Es dürften keine Anreize geschaffen werden, frühkindliche Bildung nicht zu nutzen. Äußere sich der Nationale Bildungsbericht dahin, dass Experten aus Bund und Ländern Betreuungsgeldzahlungen unterstützten? Weitere Fragen an die Bundesregierung stellten sich in Bezug auf den aktuellen Stand der Verhandlungen mit den Ländern das Bafög und den Hochschulpakt sowie eine Tendenzverschiebung das Kooperationsverbot einschließlich einer Grundgesetzänderung betreffend. Man plädiere zudem für die Annahme des Entschließungsantrages, mit welchem die politische Absicht der Landesregierungen von Bayern und Niedersachsen, Studiengebühren für ein Erststudium abzuschaffen, begrüßt werde.

Die Fraktion DIE LINKE. weist auf den Umstand hin, dass Kinder mit Migrationshintergrund im Bundesdurchschnitt das 4,5-Fache im Vergleich zu anderen Kindern erbringen müssten, damit ihnen Zugang zu Gymnasien gewährt würde, in Bayern sei es sogar das 8,8-Fache der Leistung. Der Umfang von Ausgrenzung bei Ausbildung sei nicht zurückgegangen. Was beabsichtige die Bundesregierung tatsächlich konzeptionell zu tun, um trotz gleicher Schulabschlüsse Kindern mit türkischem, arabischem oder kurdischem Hintergrund den Zugang zu höherer Bildung zu erleichtern? Weiter frage man gestützt auf Aussagen der Bertelsmannstiftung, wonach der größte Teil der Jugendlichen ausbildungsfähig sei, aber zusätzliche Ausbildungsplätze notwendig seien, die

Bundesregierung, wie sie sich dazu positioniere und was sie außer einzelnen Maßnahmen hier zu unternehmen gedenke.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt zu bedenken, dass sich die Leistung eines Bildungssystems nicht allein daran messen lasse, welche Leistung der Einzelne erbringe, sondern wie viele Bildungsverlierer und -gewinner das System hervorbringe. Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit hingen unmittelbar zusammen. Konkret wünsche man von der Bundesregierung zu erfahren, wann das hochumstrittene Bildungssparkonto eingeführt werden solle, auf welches sie sich dem Betreuungsgeldergänzungsgesetz zufolge verpflichtet habe. Die für die Finanzierung des Betreuungsgeldes veranschlagten 1,5 Mrd. Euro müssten im Grunde von der Bildungsfinanzierungsbilanz von 30 Mrd. Euro abgezogen werden.

Die Bundesregierung antwortet hierauf, bezüglich der Stärkung des dualen Ausbildungssystems auf den Ausbildungspakt zu verweisen. Lehrerausbildung, Hochschulpakt und Qualitätspakt seien Themen, die Gegenstand der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz seien, die im kommenden April besprochen würden. Man gehe allerdings nicht von einer baldigen Verständigung über eine konkrete Anhebung von Freibeträgen oder von Bafög-Fördersätzen aus. Aber man strebe langfristig eine Bafög-Novelle an, die Konsequenzen aus demographischen Entwicklungen, lebenslangem Lernen, Teilzeitaspekten, späteren Master-Abschlüssen ziehen wolle. Was den Hochschulpakt anbelange, so gehe man von einer Zahl von ungefähr 495 000 Studienplätzen aus, was zusätzliche Mehrkosten von 680 Mio. Euro im Jahr 2014 für den Bund bedeuten würde. In der Vergangenheit habe wiederholt die Gefahr bestanden, dass Ländern den Hochschulpakt als Instrument einer Sparpolitik genutzt hätten, da sie nur zu einer Sicherstellung der Gesamtfinanzierung verpflichtet gewesen seien. Grundsätzlich sei die Bundesregierung nun bereit, die Finanzierung des Hochschulpaktes mit weiteren Mitteln anzuheben, allerdings erwarte man von den Ländern eine stärkere und nachprüfbare Einstandspflicht. Was das Betreuungsgeld anbelange, so handle es sich bei diesem nicht um eine Zielgröße des Nationalen Bildungsberichtes. Es sei nicht sinnvoll, ihn für die Schlussfolgerung heranzuziehen, es gebe eine konkrete Evidenz, die auf eine bessere frühkindliche Bildung außerhalb des Elternhauses hinweise. Was die Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund anbelange, so verweise man z. B. auf die Bemühungen, Unternehmen, die von Migranten geleitet würden, an das Thema Ausbildung heranzuführen. Dieses Programm entfalte eine große Wirkung, z. B. in Berlin. Zum Thema Bildungssparen erwarte man einen Entwurf aus dem federführenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Berlin, den 27. Februar 2013

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichterstatter

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

